

5.1.1983

rau/Kb

Zweiter Beratungstag: Mittwoch, 5. Januar 1983

(Beginn: 10.00 Uhr)

Vors. Juri W. A n d r o p o w :

Genossen! Gestatten Sie, daß wir unsere Arbeit fortsetzen. Das Wort hat der Leiter der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Erich Honecker.

Erich H o n e c k e r :

Liebe Genossen! Gestatten Sie mir, zunächst allen Teilnehmern unserer Tagung die brüderlichen Grüße des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Staatsrates und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln.

Wir beginnen das Jahr 1983 mit gemeinsamer Arbeit. Das ist ein guter Auftakt, der uns in der Gewißheit bestärkt, daß wir die bedeutend größeren innen- wie außenpolitischen Aufgaben, die uns bevorstehen, meistern werden. Dazu möchte ich allen Genossen viel Erfolg und persönlich alles Gute wünschen. Unseren tschecho-slowakischen Genossen, insbesondere Genossen Gustav Husak, danken wir sehr herzlich für die Gastfreundschaft und die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Mit großer Genugtuung haben wir die Rede des Genossen Andropow gehört. Wir danken Ihnen, verehrter Genosse Juri Andropow, für

die umfassende Einschätzung der internationalen Lage sowie die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen. Sie finden unsere volle Zustimmung. Die klare Orientierung wird unseren Ländern eine wertvolle Hilfe sein.

Seit unserer letzten Zusammenkunft im Politischen Beratenden Ausschuß hat sich bestätigt, daß die Auseinandersetzung zwischen beiden Klassenlinien in der Weltpolitik beträchtlich an Schärfe zunimmt. Das ist einerseits der Kurs auf Eindämmung des Wettrüstens, auf Festigung des Friedens und Verteidigung der souveränen Rechte und Freiheiten der Völker. Das ist andererseits der Kurs auf Untergrabung der Entspannung, auf Konfrontation und Hochrüstung, auf Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten und Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes.

Als dominierende Tendenz der Gegenwart erweist sich das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus und des Friedens, die weitere Einengung des Herrschaftsbereiches des Imperialismus und die Verschärfung der Krise seines Systems, seiner Widersprüche und inneren Schwierigkeiten. Noch nie waren die politischen, ökonomischen und Verteidigungspotenzen des Sozialismus und der Einfluß seiner Friedenspolitik so mächtig wie heute.

Mit vollem Recht haben wir während der Feierlichkeiten zum 60. Gründungstag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die gewaltigen Leistungen der Sowjetunion als Bollwerk des Friedens und des Sozialismus, der Freiheit und des sozialen Fortschritts der Völker gewürdigt. Kein Land hat zu den Veränderungen in un-

serem Jahrhundert einen Beitrag von größerem Gewicht erbracht. Gerade in der heutigen, durch die aggressivsten Kreise des Imperialismus, insbesondere der USA, zugespitzten internationalen Situation sind vor allem die Macht und die Stärke der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft von entscheidender Bedeutung für den Kampf um eine friedliche und glückliche Zukunft der Menschheit. Ihre konstruktiven Friedensvorschläge und unermüdlichen Initiativen zur Gesundung der Weltlage finden Zustimmung bei den Völkern, wirken bis in die Führungsgremien sozialdemokratischer und großbürgerlicher Parteien, bis in die Regierungskreise der kapitalistischen Staaten hinein.

Es beeinflußt die weltweite Auseinandersetzung über die Fragen von Krieg und Frieden, über ihre Lösung entsprechend den Interessen der Völker zutiefst, daß die militärstrategische Überlegenheit des Imperialismus gebrochen wurde. Wenn bisher ein neuer Weltkrieg verhindert werden konnte, dann ist das in erster Linie dieser Tatsache zu verdanken. Heute sind die Staaten unserer Gemeinschaft in der Lage, zwei Aufgaben von strategischem Gewicht gleichzeitig zu lösen: die Volkswirtschaften umfassend zu intensivieren und die Triebkräfte des Sozialismus voll zu erschließen sowie die dafür notwendigen äußeren Bedingungen zu sichern. Dieser Prozeß, der gewiß nicht unkompliziert verläuft, ist von größter Tragweite für die weitere Entwicklung in der Welt, des internationalen Kräfteverhältnisses. Für die Hoffnung der Menschheit auf eine Welt, die frei ist von Ungerechtigkeit und neuen Kriegen, ist der real existierende Sozialismus ein nicht versiegender Kraftquell. So schrieb mir, um hier nur ein Beispiel zu nennen, anlässlich des

Jahreswechsels im Namen aller politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer Italiens der Vorstand des Nationalen Verbandes von einer Versammlung in Livorno, in der meine Mitgliedskarte erneuert wurde: "Das Jahr 1983 wird noch schwieriger, der Weltfrieden wird noch stärker bedroht sein. Wir haben allen Grund zur Sorge. Doch der Gedanke an die Existenz der Welt des realen Sozialismus, der mächtigsten Bastion des antiimperialistischen Widerstandskampfes und der Erbauer des Friedens, flößt uns sofort wieder Hoffnung und Vertrauen ein; denn wir sind zutiefst überzeugt, daß die sozialistischen Staaten völlig und zu Recht die Interessen und die friedliche Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung repräsentieren."

Der antiimperialistische Kampf gegen den Konfrontationskurs der USA verbindet sich mit dem Ringen um nationale und soziale Befreiung. Bei allen Unterschieden erfaßt er zunehmend die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Wir können davon ausgehen, daß die Einsicht, wonach es zur friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt, international erheblich an Boden gewonnen hat. Die bisher größte Friedensbewegung der Nachkriegszeit wurde vor allem in den imperialistischen Zentren, in der BRD, den USA und Japan zu einem Faktor, dem die aggressiven Kreise Rechnung tragen müssen und der sie zum Lavieren zwingt. Zugleich verschmilzt das Aufbegehren der Völker in den Ländern des Kapitals gegen nukleare Aufrüstung mit ihrem Kampf gegen den rigorosen sozialen Abbau. Breite Kreise hegen zudem die Befürchtung, daß die Hochrüstung die Existenzgrundlagen der kapitalistischen Gesellschaft untergräbt.

Mit Recht wird im Entwurf unserer Politischen Deklaration darauf verwiesen, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges wächst. Wie die soeben beendete Tagungsserie der NATO zeigt, verstärken die aggressivsten Kreise des Imperialismus, insbesondere der USA, ihre Versuche, durch frontale Attacken auf die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts ihre Positionsverluste und Niederlagen aus den 70er Jahren wettzumachen. So möchten sie einen Ausweg aus der Krise ihres Systems finden, deren Auswirkungen jene aus der Zeit der 30er Jahre übertreffen. Wir haben es mit einer neuen, zugespitzten Phase der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zu tun.

Darum ging es im Grunde genommen auch bei den Ereignissen in Volkspolen seit den Augusttagen 1980. Unsere Feinde machten daraus kein Fehl. Als Freunde, als unmittelbare Nachbarn Volkspolens, westlich seiner Grenze an Oder und Neiße, möchten wir vor diesem Forum unsere polnischen Genossen, insbesondere Genossen Wojciech Jaruzelski, dazu beglückwünschen, daß sie mit ihren Maßnahmen vom 13. Dezember 1981 in Wahrnehmung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, aus eigener Kraft allen den Weg verlegten, die Volkspolen aus der brüderlichen Familie des Warschauer Paktes herauszubrechen versuchten. Der Erfolg dieser mit großer Umsicht und Verantwortung getroffenen Maßnahmen diene der Sache des Friedens und des Sozialismus.

Im militärischen Bereich versucht der Imperialismus, das Wett-rüsten auf qualitativ neue, vollkommeneren Waffenarten und Massenvernichtungsmittel zu verlagern, wobei es sein Ziel ist, die

militärstrategische Überlegenheit über den Sozialismus wiederzuerlangen. Das geht einher mit der Entwicklung von Plänen, einen begrenzten, einen langandauernden Kernwaffenkrieg zu führen, für den die US-Administration vor allem Europa als Schauplatz auserkoren hat. Gleichzeitig werden alle Abrüstungsgespräche, sei es in Genf, in Wien oder in der UNO, verschleppt. Vereinbarungen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit werden blockiert.

Unter den Bedingungen zugespitzter Konfrontation erhöhen sich die Gefahren, die von Konflikt- und Spannungsherden in verschiedenen Erdregionen für den Frieden und die Positionen der progressiven Kräfte ausgehen. Die blutige, von den USA unterstützte Aggression Israels gegen die PLO, gegen Libanon ist ein besonders drastischer Beweis. Sicher wäre es falsch, das vom Imperialismus im Nahen Osten Erreichte zu überschätzen. Aber ebenso wie die Ereignisse im Süden Afrikas, in der Karibik und in Mittelamerika macht es deutlich, daß die Versuche der USA beträchtlich zunehmen, diese Regionen zu destabilisieren und Positionsgewinne zu erzielen.

Wie die Konferenz des amerikanischen Außenministeriums unter Leitung von Außenminister Shultz zur sogenannten Demokratisierung kommunistischer Länder Mitte Oktober vergangenen Jahres zeigte, werden alle entscheidenden Gebiete der Politik, der Ökonomie und Ideologie in den von Reagan verkündeten "Kreuzzug gegen den Sozialismus" einbezogen. Die Förderung konterrevolutionärer Kräfte wird ebenso stabsmäßig organisiert wie der Wirtschaftskrieg durch Embargo, Boykott, Kredit- und Lizenzsperrern, durch den offenen Bruch verbindlicher Verträge und Abkommen, die Verweigerung oder

der Entzug der Meistbegünstigung. Doch zugleich stoßen die USA auf erhebliche Schwierigkeiten, den anderen imperialistischen Hauptmächten eine gemeinsame Strategie des Wirtschaftskrieges gegen den Sozialismus aufzuzwingen. So hat bekanntlich die Sabotage des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der UdSSR für Reagan mit einer empfindlichen Niederlage geendet.

Eine weitere Tatsache ist, daß die NATO ihren Aktionsradius auf Regionen ausweitet, die von großer Bedeutung für die globalen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Imperialismus sind. Dafür werden die Aufstellung amerikanischer Eingreifdivisionen und der Ausbau der Militärbasen beschleunigt. Das Vorgehen im Süden Afrikas, in Angola wie in Äthiopien, in Nikaragua wie in El Salvador widerspiegelt die rigorose Änderung der Strategie und Politik vor allem der USA gegenüber den Entwicklungsländern in eine offen interventionistische Richtung. Dabei ist es das Ziel, und das erklären auch offizielle Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, jene "weltpolitischen Bedingungen, die über die Zukunft des globalen Kräfteverhältnisses entscheiden, in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verändern".

All das zeugt von der festen Absicht der Reagan-Administration, die Politik der Konfrontation, unterstützt von den aggressivsten Kreisen in den anderen imperialistischen Staaten, fortzuführen und ein hohes Maß an Risikobereitschaft einzugehen. Mit diesem Kurs wurden zwar hier und da in der Welt Kräfte der Reaktion gestützt und teilweise gestärkt, aber sein Hauptziel, das Kräfteverhältnis in der Welt insgesamt zu seinen Gunsten zu verändern, konnte

und kann der Imperialismus nicht erreichen. Das schließt nicht aus, daß mit einer weiteren Zuspitzung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auch die Unberechenbarkeit und das Abenteuerertum in der USA-Außenpolitik und damit die Gefahren für den Weltfrieden noch zunehmen.

Mehr als einmal hat sich bestätigt, daß die USA mit dem Streben nach politischer und ökonomischer Vorherrschaft auch bei ihren Verbündeten, trotz aller Klassensolidarität in politischer und militärischer Hinsicht, wachsenden Widerstand erzeugen. Das kommt vor allem im Kampf um ökonomische Interessen zum Ausdruck. Offensichtlich schätzen verantwortliche Kreise in den USA wie in Westeuropa diese Differenzen als die ernsteste Belastungsprobe ein, der die NATO seit ihrer Gründung unterworfen wurde. Die Westeuropa-Reise von USA-Außenminister Shultz und die Dezembertagung der NATO-Außenminister ließen erkennen, welche erheblichen Anstrengungen unternommen werden, um die Differenzen beizulegen und eine einheitliche Wirtschafts- und Handelsstrategie gegenüber den sozialistischen Ländern durchzusetzen.

Die Mehrzahl der europäischen NATO-Staaten und Japan wollen nicht auf ihre gegenseitig vorteilhaften Beziehungen mit den sozialistischen Ländern verzichten. Nach unserer Erfahrung bleiben sie an bestimmten Formen der Zusammenarbeit interessiert. Ihnen wird immer klarer, in welchem Umfang es ihren eigenen Spielraum einengt, wenn die USA ihre politische, finanzielle und militärische Vorherrschaft im imperialistischen System auszuweiten versuchen. Hinzu kommt, daß die Konsequenzen der US-Strategie eines Kernwaffenkrieges in Europa nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern bis in die regierenden Kreise hinein wachsende Besorgnis hervorrufen. In diesem Zusammenhang spitzen sich die bestehenden Widersprüche zu, und es kommt zu neuen Auseinandersetzungen sowohl in den imperialistischen Staaten als auch zwischen ihnen.